

<http://www.rheinischer-merkur.de/index.php?id=39861>

Drucken

» Fenster schließen

Datum: 28.01.2010

EINSATZ AM HINDUKUSCH

Mach mich nicht nass

Deutschland leistet künftig mehr. Die Erfolgsaussichten sind jedoch ungewiss. Die neue Strategie birgt zusätzliche Gefahren für die Bundeswehr.

■ VON ROBIN MISHRA

Eine solche Menge an Pressekonferenzen hat das Regierungsviertel lange nicht mehr erlebt. Den Anfang machte die Kanzlerin, anschließend stellte sich der Außen-, dann auch noch der Verteidigungs-, Entwicklungshilfe- und schließlich der Innenminister den Journalisten. Zur Erklärung hieß es aus Regierungskreisen, die Minister hätten am Vorabend bis Mitternacht im Kanzleramt gesessen – da habe man jedem Einzelnen seinen öffentlichen Auftritt gönnen wollen. Zur Sache, dem deutschen Beitrag zur Londoner Afghanistan-Konferenz, sagten alle Regierungsmitglieder in verschiedenen Worten das Gleiche. Das war nach dem internen Ringen der letzten Wochen immerhin mehr, als man erwarten durfte.



STEINIG: Die Kanzlerin, hier bei ihrem Afghanistan-Besuch im April 2009, hat sich vor der Londoner Konferenz auf eine Zahl von 850 zusätzlichen Soldaten festgelegt.

Foto: Michael Kappeler/dpa

Im Verhältnis zu den Erwartungen der Nato und der Aufstockung der US-Truppen um 30.000 Mann nehmen sich die 850 zusätzlichen deutschen Soldaten zwar bescheiden aus. Doch wer die kritische Stimmung in der Bevölkerung zum Maßstab nimmt, muss diese Zahl in Kombination mit einer Fast-Verdopplung der Polizeiausbilder von 123 auf 200 und der zivilen Mittel von 220 auf 430 Millionen Euro für vergleichsweise mutig halten.

Innenpolitisch hat die Kanzlerin SPD und Grünen eine Ablehnung des neuen Mandats überaus schwer gemacht. Da sich nach dem Konzept der Regierung künftig 1400 statt 280 Soldaten nur um die Ausbildung der afghanischen Armee kümmern sollen, ist die Zahl der „Kampftruppen“ – deren Aufstockung die SPD abgelehnt hatte – nominell sogar gesunken. Die Kanzlerin setzt weiter auf eine breite Mehrheit im Bundestag, würde doch die Verantwortung für mögliche deutsche Opfer infolge des Londoner Strategiewechsels nicht allein ihrer Regierung zugeschrieben. Dass der Ball nun einige Zeit im Feld der noch unentschlossenen Opposition liegt, dürfte ihr recht sein.

Westerwelles Wandlung

Innenpolitisch sieht Conrad Schetter vom Bonner Zentrum für Entwicklungsforschung Guido Westerwelle als Verlierer des Regierungskonzepts an. Der Außenminister habe zunächst verkündet, er wolle nicht zu einer Truppenstellerkonferenz fahren – London sei aber nun genau eine ebensolche. Mit seiner Forderung, erst nach dem Treffen in der britischen Hauptstadt konkrete Zahlen zu verkünden, sei Westerwelle ebenfalls gescheitert. Zuletzt habe er das Wort vom „Aussteigerprogramm“ geprägt, zu dem Deutschland 50 von insgesamt 350 Millionen Euro beisteuern wird. „Wer in Afghanistan zu Geld kommen will, muss aufschreiben und sagen: Ich bin ein Taliban“, sagt der Afghanistan-Experte ein Scheitern des idealistischen Projekts voraus.

In Erklärungsnot könnte demnächst Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg kommen. Der Auftrag der amerikanischen Soldaten, auf die Afghanen in den Dörfern zuzugehen, kollidiert mit der Priorität der Deutschen, sich selbst zu schützen. Exemplarisch zeigt sich das an der noch von Guttenbergs Vorgänger Franz Josef Jung verordneten Praxis der Bundeswehrsoldaten, sich in gepanzerten Fahrzeugen zu bewegen.

Die Aufständischen wollten „eine Situation schaffen, die so gefährlich ist, dass die Sicherheitskräfte in ihren Feldlagern bleiben, ihre gepanzerten Fahrzeuge nicht mehr verlassen, kaum noch Kontakt zur Bevölkerung haben. Dann mögen die Sicherheitskräfte noch vor Ort sein – aber sie sind irrelevant“, hatte Isaf-Oberkommandeur Stanley McChrystal letzte Woche der „Bild“-Zeitung gesagt und damit unverhohlen auf die Bundeswehr gezielt.

„Partnering“ heißt die internationale Zauberformel, die auch im deutschen Regierungspapier als „mehr Präsenz in der Fläche zusammen mit den afghanischen Sicherheitskräften“ beschrieben wird. Andererseits, so heißt es – nicht ganz stimmig – aus dem Verteidigungsministerium, werde es die gleichen Sicherungsinstrumente geben wie bisher – also auch die gepanzerten Fahrzeuge. Das klingt nach dem Motto: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass. „Dieser neue Ansatz bedeutet weder zwingend weniger Gefahr noch zwingend mehr Gefahr“, sagt Karl-Theodor zu Guttenberg, betont aber zugleich, dass weiterhin Soldaten fallen oder verwundet werden könnten.

Ungemütliche Zeiten

Dadurch, dass im Norden nun auch 2500 US-Soldaten stationiert werden, die dem dortigen deutschen Kommandeur unterstellt sind, dürfte der Einsatz für die traditionell sehr vorsichtige Bundeswehr aber fast zwangsläufig ungemütlicher werden. „Es kann nicht angehen, dass die Amerikaner rausgehen, während die Deutschen sich verschanzen“, sagt Afghanistan-Experte Conrad Schetter. Aus seiner Sicht haben die deutschen wie auch die internationalen Pläne „starke Inkonsistenzen“ – etwa die, dass zusammen mit der Aufstockung der Beginn des Abzugs bereits für 2011 versprochen wird.

„Afghanistan versorgt noch immer 90 Prozent des Weltmarktes mit Opium. Im letzten Jahr hat sich die Sicherheitslage erneut verschlechtert“, heißt es im Regierungskonzept. Schönfärberei kann man ihm nicht vorwerfen.